

21

23. Mai 1984

I N H A L T

DOKUMENTATION

Pressekonferenz des US-Präsidenten vom 22. Mai 1984

- Auszüge -

William P. Clark: Deutliche Fortschritte im amerikanischen
Umweltschutz

- Auszüge aus einer Rede des US-Innenministers in Wien -

HINTERGRUNDMATERIAL

US-Vizepräsident übergibt Scheck für Afghanistan-Flüchtlinge in
Pakistan

USA setzen sich für Familie Sacharow ein

- US-Botschafter spricht vor dem ECOSOC -

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Gesundheit - auch eine Frage der Eigenverantwortung

- Dr. C. Everett Koop vor der Weltgesundheitskonferenz in Genf -

21

23. Mai 1984

PRESSEKONFERENZ DES US-PRÄSIDENTEN VOM 22. MAI 1984

- Auszüge -

WASHINGTON - (AD) - Präsident Ronald Reagan nahm in einer vom amerikanischen Fernsehen übertragenen Pressekonferenz am 22. Mai 1984 zu einer Reihe außenpolitischer Themen Stellung. Bezüglich des Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vertrat Reagan die Meinung, daß vor den amerikanischen Wahlen im November dieses Jahres keine wesentlichen Änderungen eintreten würden. Der Präsident hob hervor, daß nicht die Vereinigten Staaten den Verhandlungstisch verlassen hätten und daß die USA weiterhin zu Rüstungskontrollverhandlungen bereit seien. Zu den sowjetischen Drohungen, daß mehr Raketen-Unterseeboote vor den amerikanischen Küsten stationiert seien, meinte Reagan, diese Drohungen enthielten nichts Neues, und wenn es Grund zur Beunruhigung gäbe, dann würde er sicherlich nicht weiterhin ruhig im Weißen Haus schlafen.

Reagan sagte ferner, die NATO sei heute geschlossener denn je, und die Entscheidung über die Stationierung amerikanischer Marschflugkörper in den Niederlanden sei eine Sache der dortigen Regierung und Bevöl-

und Bevölkerung.

Auf die hohen Zinsen - und die diesbezüglichen Vorwürfe aus Europa - angesprochen, wies der Präsident darauf hin, daß die Zinsen heute effektiver seien als zu seinem Amtsantritt.

Zum Fall Sacharow wollte sich der Präsident nicht öffentlich äußern, da dies vertrauliche Bemühungen stören könnte.

Großen Raum auf der Pressekonferenz nahmen Mittelamerika und der Persische Golf ein. Der Präsident gab zunächst eine Erklärung zu Mittelamerika ab, die wir, wie die Fragen und Antworten zu diesem Thema, im Wortlaut wiedergeben; ebenso wie anschließend die Fragen und Antworten zum Persischen Golf:

DER PRÄSIDENT: Ich habe eine Erklärung abzugeben. Wir haben einen wichtigen Besucher in Washington, Jose Napoleon Duarte, den gewählten Präsidenten von El Salvador. Der gewählte Präsident und ich haben gestern eine Erklärung herausgegeben, in der wir über drei Hauptziele in Mittelamerika übereinkamen: Stärkung der demokratischen Institutionen, Verbesserung des Lebensstandards und Erhöhung des Standes der amerikanischen Sicherheitshilfe zur Verteidigung gegen Gewalt von der extremen Linken wie der extremen Rechten.

Die Wahl von Jose Napoleon Duarte ist das jüngste Kapitel einer Entwicklung zur Demokratie in ganz Lateinamerika. In Mittelamerika stellt sich jetzt El Salvador an die Seite von Costa Rica und Honduras mit demokratisch gewählten Regierungen. Demokratie in Mittelamerika ist ein Grundziel unserer Politik in dieser Region. Aber anhaltender Fortschritt auf dieses Ziel hin erfordert unsere Unterstützung.

Der größte Teil unserer Unterstützung - drei Viertel - besteht aus Wirtschaftshilfe. Aber auch die Sicherheitshilfe ist wesentlich, um all jenen zu helfen, die sich selbst gegen den wachsenden Export der Subversion durch den Sowjetblock, Kuba und Nicaragua schützen müssen.

Und, wie

Und, wie ich in meiner Rede an die Nation am 9. Mai erklärt habe, wir müssen die demokratischen Erwartungen und Wünsche der Bevölkerung von Nicaragua unterstützen und uns der sandinistischen Aggression gegen ihre Nachbarn widersetzen und jene unterstützen, die echt demokratische Wahlen in Nicaragua anstreben, wie sie die Sandinisten in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) 1979 versprochen haben.

Frieden in Mittelamerika kann nur erreicht werden, wenn die Kräfte der Demokratie stark sind. Wir unterstützen nachdrücklich multilaterale Bemühungen um den Frieden, vor allem den CONTADORA-Prozeß. Es kann jedoch keine dauerhafte Friedensregelung geben, solange nicht gleichzeitig alle Ziele der CONTADORA-Gruppe verwirklicht werden, einschließlich echter demokratischer Wahlen in Nicaragua.

Die Freiheitskämpfer in Nicaragua haben versprochen, die Waffen niederzulegen und sich an echten demokratischen Wahlen zu beteiligen, wenn die Sandinisten dies zulassen.

Unser Kongreß steht in dieser Woche vor einer historischen Entscheidung. Jene, die überall für die Freiheit kämpfen, blicken auf uns, ob man noch immer auf Amerika zählen kann, wenn es um die Unterstützung ihrer Ideale geht. Die Bevölkerung von El Salvador blickt auf uns, die Freiheitskämpfer in Nicaragua blicken auf uns, die bedrohten Nachbarn Nicaraguas blicken auf uns - und die Feinde der Freiheit blicken auf uns.

Unsere ausgewogene Politik kann Erfolg haben, wenn der Kongreß die notwendigen Mittel für alle Elemente dieser Politik bewilligt, wie sie in den überparteilichen Empfehlungen der Kissinger-Kommission zum Ausdruck kamen. Aber wenn der Kongreß zu wenig Hilfe bewilligt, dann wäre das schlimmer als überhaupt nichts zu tun. Dieser übertriebene Kommunismus in Mittelamerika stellt eine Bedrohung dar, daß 100 Millionen Menschen von Panama bis zu unseren offenen Grenzen im Süden unter die Kontrolle prosovjeterischer Regime geraten könnten. Wir könnten einen massiven Exodus von Flüchtlingen nach den Vereinigten Staaten erleben.

Der Kongreß hat die Chance, unsere Verpflichtung gegenüber den tapfe-

den tapferen Menschen zu bekräftigen, die ihr Leben für die Sache der Freiheit und Demokratie in Mittelamerika aufs Spiel setzen. Der Kongreß hat auch die Chance, unsere überparteiliche Tradition zu stärken, die der Welt klar macht, daß wir einig sind, wenn es um unsere Lebensinteressen geht. Ich ersuche die Mitglieder des Kongresses, diese Verpflichtung einzugehen.

+ + +

FRAGE: Sie haben gesagt, daß es in Mittelamerika um amerikanische Lebensinteressen geht. Was werden Sie tun müssen, wenn der Kongreß die Sicherheitshilfe nicht bewilligt, um diese Drohung prosovjeterischer Regime in all den Ländern jenseits unserer südlichen Grenzen abzuwenden? Stellen Sie sich vor, der Kongreß bewilligt das Geld nicht, das für die Freiheitskämpfer, wie Sie sie nennen, gebraucht wird. Was würden Sie dann tun müssen, um eine solche Entwicklung zu verhindern?

ANTWORT: Wir wären in einer sehr schwierigen Lage und sie ebenfalls. Ich hege jedoch große Hoffnung, daß nach Präsident Duartes Besuch hier und seinem Zusammentreffen mit vielen Mitgliedern des Kongresses einiger Grund zum Optimismus besteht.

FRAGE: Es gibt Berichte, daß die Administration den Kongreß umgangen und die militärischen und geheimdienstlichen Tätigkeiten in Mittelamerika erhöht habe, indem es Geld mittels Verschiebung auf Konten durch das Verteidigungsministerium an den CIA gegeben habe. Sie können zwar nicht über verdeckte Tätigkeiten sprechen, aber können Sie dem amerikanischen Volk wenigstens versichern, daß Sie nicht veranlaßt haben, daß diese Administration über den Willen des Kongresses hinausgeht und die Ausgaben für militärische Tätigkeiten in Mittelamerika erhöht?

ANTWORT: Wir haben keine Verfahren angewandt, die sich irgendwie von dem unterscheiden würden, was von früheren Administrationen angewandt wurde, noch haben wir irgend etwas ohne Wissen des Kongresses getan.

FRAGE: Können

FRAGE: Können Sie also erklären, warum dem Kongreß vor etwa einem Monat gesagt wurde, die vom CIA unterstützten Contras hätten bald kein Geld mehr, würde der Kongreß nicht das Geld bewilligen? Heute wird dem Kongreß gesagt, daß der CIA genug Geld habe, um für den Rest des Sommers durchzuhalten. Wie ist das möglich, ohne daß er geheimes Geld bekommt?

ANTWORT: Vielleicht haben sie (der CIA) sich in der ersten Erklärung verschätzt - ich dachte, sie seien mit ihrem Geld eher am Ende als sie offensichtlich sind - aber ich kann nur sagen, nichts dergleichen kann ohne Wissen des Kongresses geschehen.

FRAGE: Sie haben in der Vergangenheit erklärt, daß Sie keine Absicht hätten, amerikanische Truppen nach El Salvador zu entsenden, und Präsident Duarte erklärte gestern, daß er nicht die Absicht habe, um die Entsendung amerikanischer Soldaten zu bitten. Aber trotz dieser Dementis bleiben Zweifel. Walter Mondale behauptet, daß Ihre Politik zu einer amerikanischen Verwicklung in Mittelamerika führen werde. Können Sie heute abend eindeutig erklären, daß Sie keine Truppen nach El Salvador entsenden werden, selbst wenn es so aussähe, daß El Salvador in die Hände der Kommunisten fallen könnte?

ANTWORT: Zunächst einmal hat Präsident Duarte ganz eindeutig erklärt, daß El Salvador niemals um die Entsendung amerikanischer Truppen ersuchen werde. Wir haben niemals derartige Überlegungen angestellt, wir haben niemals an so etwas gedacht. Ich weiß nicht, wie ich jedermann überzeugen soll; aber Sie brauchen nur auf unsere Freunde und Nachbarn in Lateinamerika zu blicken - vielleicht ist all das noch ein Überbleibsel aus der Vergangenheit. Wir würden unsere ganzen Freunde und Nachbarn verlieren, wenn wir das täten (Truppen zu entsenden). Sie wollen unsere Hilfe. Sie wissen, daß sie unsere Hilfe brauchen, wirtschaftlich - und in der Art, wie wir militärische Unterstützung gewähren - durch Ausbildung, Nachschub und Ausrüstung usw; aber sie wollen keine amerikanischen Soldaten dort.

FRAGE: Wenn El Salvador klar an die Kommunisten fiele, würden Sie

würden Sie meinen, daß es im amerikanischen Interesse läge, unsere Truppen dorthin zu entsenden und dem Einhalt zu gebieten, oder würden Sie zulassen, daß das Land kommunistisch würde?

ANTWORT: Sie stellen mir eine hypothetische Frage, und eine Frage, die zu beantworten sehr töricht wäre.

Persischer Golf

FRAGE: Es wurde berichtet, daß Sie bereit wären, die amerikanische Luftwaffe einzusetzen, um die Fahrt der Öltanker durch den Persischen Golf zu sichern. Können Sie uns sagen, wie die Antwort der Saudis auf Ihren Vorschlag lautete und unter welchen Umständen die Vereinigten Staaten in dieser Region militärisch verwickelt werden könnten?

ANTWORT: Ich habe all diese Berichte gelesen und viele davon basieren auf Spekulation. Nein, wir stehen im Kontakt mit den Golfstaaten und mit unseren eigenen Verbündeten und tun dies auch weiterhin. Aber wir haben keinen freiwilligen Einsatz vorgeschlagen und wir sind auch nicht gebeten worden, zu intervenieren. Wir haben ihnen das mitgeteilt und bisher sieht es so aus, daß die Golfstaaten das alles selbst in die Hand nehmen wollen. Sie sind besorgt, und ich glaube, wir sollten alle besorgt sein, daß dieser Krieg sich nicht ausweitet.

FRAGE: Haben wir einen Notstandsplan für den Fall, daß sie (die Golfstaaten) nicht selbst damit fertig werden können?

ANTWORT: Wir haben natürlich darüber nachgedacht, was wir tun könnten, wenn sie uns um Hilfe ersuchen. Aber ich glaube nicht, daß das ein Thema ist, über das ich sprechen sollte.

FRAGE: Sie haben vorhin gesagt, die Vereinigten Staaten würden die Golfstaaten unterstützen, um die Straße von Hormus offen zu halten. Gibt es irgendwelche Umstände, unter denen amerikanische Interessen so bedroht sein könnten, daß die Vereinigten Staaten einseitig oder ohne ein

ohne ein Ersuchen der Golfstaaten handeln würden?

ANWORT: Ich kann nur wieder sagen, daß ich mir das nicht vorstellen kann. Wir wären wahrscheinlich unter all den ölimportierenden Ländern diejenigen, die durch eine solche Schließung am wenigsten betroffen wären. Es sind unsere Verbündeten - Japan, unsere Freunde in Westeuropa -, die wirklich in Schwierigkeiten wären, wenn das Öl aus dem Mittleren Osten nicht mehr fließen würde.

Praktisch kommen - dank der Freigabe der Ölpreise und der Erhöhung unserer einheimischen Förderung - nur drei Prozent unseres Öls aus dem Persischen Golf. Und wir haben unsere Vorratslager an Öl um das Vierfache der Menge erhöht, die wir zu unserem Amtsantritt antrafen. Ich kann mir also keinen Notfall vorstellen, der ein solches Handeln bewirken würde.

Aber vergessen Sie nicht, daß wir auch in Konsultation mit unseren Verbündeten stehen - mit jenen Ländern, die betroffen wären, weil wir uns hier kein einseitiges Handeln vorstellen können. Das ist ein Problem, das uns alle angeht.

FRAGE: Was würden die Vereinigten Staaten tun, um im Falle einer Sperrung der Ölzufuhr ihren Verbündeten zu helfen? Würden wir ihnen Öl aus unserer strategischen Reserve geben?

ANWORT: Wir haben Leute, die in Konsultation mit unseren Verbündeten stehen, und sie haben sich getroffen, um über Notfälle dieser Art zu sprechen. Wir würden nicht zögern, sofort zu unserer Reserve zu greifen, aber ich bin nicht bereit zu erklären, daß wir spezifische Pläne ausgearbeitet haben.

+ + + + +

21

23. Mai 1984

WILLIAM P. CLARK: DEUTLICHE FORTSCHRITTE IM AMERIKANISCHEN
UMWELTSCHUTZ

- Auszüge aus einer Rede des US-Innenministers in Wien -

WIEN - (AD) - Der amerikanische Innenminister William P. Clark umriß in einer Rede am 15. Mai 1984 in Wien Probleme und Leistungen des Umweltschutzes in den Vereinigten Staaten. Die wesentlichsten Auszüge aus der Rede des Innenministers haben folgenden Wortlaut:

Mit der jüngsten Einbeziehung mehrerer neuer Naturparks in Alaska umfaßt das System der Nationalparks nunmehr 335 verschiedene Anlagen, zu denen Naturparks, Naturdenkmäler, Gedenkstätten sowie historische Anlagen und Schlachtfelder gehören. Zu diesen Schätzen zählen der majestätische Grand Canyon in Arizona ebenso wie die ehrwürdige Unabhängigkeitshalle in Philadelphia, der schneebedeckte Gipfel des Mount McKinley in Alaska wie die Sümpfe der Everglades in Florida und das Schlachtfeld des Bürgerkrieges bei Gettysburg.

Heute umfaßt das Parksystem 32 Millionen Hektar - ein Gebiet von der annähernden Größe Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland zusammengekommen. Und natürlich kommt dies Gebiet noch zu dem Gelände hinzu, das als Parks der Bundesstaaten und der Städte dient. Das System der Nationalparks ist der Welt größtes Reservat an natürlichem oder fast natürlichem Land. Und es ist einer der größten Schätze Amerikas. Im vorigen Jahr kamen 336 Millionen Menschen - ein neuer Rekord - in diese Parks, und viele dieser Besucher, alle stets willkommen, kamen aus dem Ausland...

Derzeit unternehmen wir eine umfassende Anstrengung, um die Freiheitsstatue zu renovieren, die einer solchen Renovierung dringend bedarf. Unser Ziel ist es, 230 Millionen Dollar an privaten Spenden zu bekommen, um die Restaurierungsarbeiten rechtzeitig zum 100. Jahrestag der Statue beenden zu können, der in zwei Jahren begangen wird, zumal die Statue ja auch immer weiter an jene Millionen Einwanderer erinnern soll, die zum Aufbau unseres Landes beitrugen. Die Verantwortung für die Beschaffung dieser Mittel haben der Aufsichtsratsvorsitzende der amerikanischen Automobilfirma Chrysler sowie andere Freiwillige übernommen. Erst vor zwei Wochen haben wir von der Firma "U.S. Tobacco Co." eine Spende von 10 Millionen Dollar erhalten, und auch die amerikanischen Schüler beteiligen sich: Bislang sind durch ihre Pfennige schon eine halbe Million Dollar zusammengekommen. Mit dieser Unterstützung werden wir unser Ziel erreichen, ohne daß der Bundshaushalt zusätzlich belastet wird.

In den 112 Jahren seit der Gründung des Yellowstone-Nationalparks hat sich der Gedanke von Nationalparks in 140 verschiedenen Ländern verbreitet und gilt nunmehr für über 2000 Gebiete in der ganzen Welt. Eine weitere Fortentwicklung dieses Gedankens hat 1972 zur Unterzeichnung der "World Heritage Convention" geführt, einer Konvention, die als erstes von den Vereinigten Staaten und anschließend von 82 weiteren Staaten ratifiziert wurde. Diese Konvention ist eine Reaktion auf die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit zur Bewahrung unersetzlicher natürlicher und kultureller Güter, die eine ganz besondere Bedeutung haben. Derzeit gibt es eine Liste mit weltweit 165 solcher Orte, wobei 12 davon in den

Vereinigten Staaten liegen.

Über die Jahre hinweg hat der Naturschutz in den Vereinigten Staaten das ganze Land mit seinen Ressourcen einbezogen, einschließlich Boden, Wälder, Tiere und menschliche Umwelt - und hier besonders die Qualität des Wassers und der Luft. Und erst in jüngster Zeit wurden Gesetze verabschiedet, um die Küstengebiete, die Sumpflandschaften, Wildwasser und landschaftlich besonders reizvolle Flüsse sowie Wildnisgebiete zu schützen.

Dieser Gesetzgebung ging 1964 der "Wilderness Act" voraus, ein Gesetz, mittels dessen festgelegt wurde, daß bestimmte ursprüngliche Gebiete in einer völlig natürlichen Umgebung zur Erholung und Freude des Menschen belassen werden sollten. Das Gesetz definiert "Wildnis" als "ein Gebiet, wo die Erde selbst und ihre Flora und Fauna vom Menschen ungehindert sind, wo der Mensch selbst nur ein Besucher ist und nicht bleibt." Bislang sind auf diese Weise 32 Millionen Hektar als "Wildnis" ausgewiesen worden. Der Kongreß behandelt derzeit mehrere weitere Gesetze, durch die weitere vier Millionen Hektar in dieses System eingliedert werden könnten.

Wie ich bereits sagte, beschränkt sich Amerikas Bemühen um die Umwelt nicht nur auf den Boden und seine physikalischen Ressourcen. Unsere Sorge gilt zugleich dem Schutz von Flora und Fauna. Ergebnis dessen ist ein umfassendes System nationaler Wildparks, um die sich der amerikanische "Fish and Wildlife-Service" kümmert.

Im Jahre 1973 verabschiedete der Kongreß das Gesetz über die bedrohten Arten, eines der weitreichendsten Gesetze, die je von einem Land zur Verhinderung des Aussterbens bedrohter Pflanzen- und Tierarten verabschiedet wurden. Durch dieses Gesetz wurde ein landesweites Programm geschaffen, an dem heute unsere Bundesregierung, die Bundesstaaten, Naturschutzorganisationen, einzelne Bürger, private Firmen sowie schließlich Regierungen anderer Staaten in dem Bemühen beteiligt sind, gefährdete Arten nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern in der ganzen Welt zu retten. Zur Liste der bedrohten Tiere und Pflanzen gehören nun-

gehören nunmehr 300 in den Vereinigten Staaten zu findende Arten und nahezu 500 weitere in der ganzen Welt. Bisher wurden Pläne zur Erhaltung von 110 gefährdeten Arten in Amerika ausgearbeitet - einschließlich des Singkranichs, des kalifornischen Kondors und des Weißkopfadlers, unseres Nationalsymbols. Die Bemühungen um Erhaltung solcher Arten sind bei einer Anzahl von Tieren bereits so erfolgreich gewesen - so etwa beim amerikanischen Alligator -, daß diese Tiere nicht mehr vom Aussterben bedroht sind.

Ein großer Teil dieser unserer Arbeit beinhaltet Bemühungen um die Bewahrung oder Wiederherstellung unseres natürlichen Ökosystems, einschließlich der Einschränkung des Einsatzes von Pestiziden. Solche Einschränkungen sind auch Ergebnis unserer Sorge wegen der Umweltverschmutzung und ihrer Auswirkungen auf die menschliche Umwelt.

Mit wachsendem Bewußtsein der Gefahr, die die Umweltverschmutzung für die Gesundheit des Menschen bedeutet, wurde auch immer deutlicher, daß es eines stärkeren Bundesorgans bedurfte, um ein in weitem Maß uneinheitliches Bemühen um den Umweltschutz zu koordinieren und rechtlich durchzusetzen.

Daher wurde 1970 das Umweltschutzamt (EPA) gegründet. Die Zuständigkeiten dieses neuen Amtes kommen in einer Reihe von Bundesgesetzen zum Ausdruck, die erlassen wurden, um eine ganze Bandbreite von Umweltproblemen anzugehen... In großem Maße aufgrund dieser Gesetze ist die Luft unserer Städte heute sauberer und sind unsere Seen und Flüsse weit weniger verschmutzt.

So gingen zum Beispiel zwischen 1970 und 1981 landesweit die Emissionen insgesamt um 63 Prozent zurück, die Schwefeldioxyd-Emissionen um 25 Prozent und die Kohlendioxyd-Emissionen um 26 Prozent.

Obwohl die Kapazität der Stromgewinnung seit 1970 um 60 Prozent anstieg, fielen die Kraftwerksemissionen aufgrund der wirksamen Emissionskontrollen unter das Niveau von 1970 zurück.

Desgleichen gab es im selben Zeitraum einen 40prozentigen Anstieg bei der von Autos und Lastwagen gefahrenen Kilometerzahl. Dennoch ging in dieser Zeit der Abgasausstoß von Motorfahrzeugen um fast 20 Prozent zurück.

Außerdem wurden wir überall im Land Zeuge einer Verbesserung der Wasserqualität. Zwischen 1970 und 1982 verdoppelte sich die Zahl der Kläranlagen nahezu: fast 65 Prozent der Bevölkerung erhalten jetzt ihr Wasser über Kläranlagen. Infolgedessen kommen auch Lachse und Forellen wieder in Flüsse zurück, wo sie seit Generationen nicht mehr gesehen worden waren.

Es ist uns weiterhin gelungen, einen dramatischen Rückgang bei den Spuren giftiger Chemikalien zu erreichen, die im menschlichen Körper gefunden werden. Sowohl DDT und Dieldrin wurden 1972 verboten, und seither gingen die Überreste dieser Produkte - genau wie von Hexachlorbenzol - um über die Hälfte zurück. Während etwa des gleichen Zeitraums erlebten wir einen entsprechenden Rückgang von Giftrückständen bei Fischen. Die DDT--Mengen gingen um zwei Drittel zurück, während die PCP-Anteile um über die Hälfte sanken.

Diese Leistungen konnten durch die gemeinsamen Bemühungen der Bundesregierung und der Einzelstaaten erreicht werden. Während der Reagan-Administration wurde der Beteiligung des Staates noch größere Aufmerksamkeit geschenkt, und unser Fortschritt in all diesen Bereichen ist gleichermaßen auf die Bemühungen der Einzelstaaten wie jener der Bundesregierung zurückzuführen.

Hinsichtlich der Gefahr, die das Blei für die Gesundheit der Bürger in den Vereinigten Staaten darstellt, haben wir bereits die Bleiemissionen drastisch gesenkt, insbesondere jene bei den Automobilen. Die Reagan-Administration hat zusätzliche Schritte unternommen, die praktisch alles Blei im Benzin beseitigen werden.

Für den Haushalt 1985 hat der Präsident 640 Millionen Dollar vom Kongreß gefordert, um verlassene Giftmülldeponien zu säubern. Über 500

solcher Deponien sind bereits für eine solche Reinigung im Rahmen eines 1,6 Milliarden Dollar-Fonds ausgewählt worden, der über Steuern von Gesellschaften finanziert wird, die im Erdöl- und Chemie-bereich tätig sind.

Der Fortschritt, den Amerika auch weiterhin bei der Verbesserung seiner Umwelt macht, beweist, wie weit wir gekommen sind, seit wir Anfang der siebziger Jahre mit diesem großen nationalen Experiment begonnen haben. In seinem Verlauf haben wir sowohl Erfahrung als auch größere Achtung für die Komplexität der Umweltfragen gewonnen, die wir mit anderen Ländern teilen.

Selbstverständlich sieht die Reagan-Administration heute in der Giftmüllbeseitigung eine oberste Priorität. Um des Wohls unserer Bürger willen werden wir keine unsicheren Praktiken bei der Lagerung von Giftmüll zulassen.

Die Vollmacht des Umweltschutzamtes zur Kontrolle von Giftmüll ergibt sich aus dem "Resource Conservation And Recovery Act" und dem "Superfund Law". Ersteres deckt alle vorhandenen Deponien ab. Umfassende Regelungen schreiben präzise die Bewegungen des Mülls vom Entstehungsort bis hin zur letztendlichen Lagerung vor. Es gibt bei uns sehr strenge Lizenzbestimmungen für den Transport und Ablagerung sowie wirksame Mittel zur Einhaltung der Vorschriften. Das Amt hat die Befugnis, Strafen zu verhängen, zu denen Bußgelder in Höhe von bis zu einer Million Dollar gehören. Das "Superfund Law" bezieht sich auf verlassene Deponien. Bisher hat das Amt landesweit über 567 Mülldeponien ausgemacht, die als erste beseitigt werden sollen. Diejenigen Deponien, die auf der nationalen Prioritätenliste stehen, werden unter Verwendung eines 1,6 Milliarden Dollar umfassenden "Superfund"-Programms gereinigt. Präsident Reagan hat in diesem Jahr bereits den Kongreß davon in Kenntnis gesetzt, daß er fest dazu entschlossen ist, eine Verlängerung des Superfund-Gesetzes herbeizuführen, wenn es im nächsten Jahr ausgelaufen ist.

Die Amerikaner sind zutiefst besorgt über die Umweltbelastung durch Säureablagerung. Im Jahre 1980 hat der Kongreß das Gesetz zur Erforschung

der Säureablagerung verabschiedet. Es handelt sich dabei um ein von der Bundesregierung finanziertes interministerielles Forschungsprogramm. Der Mittelaufwand für die Forschung, die Entlastung empfindlicher Ökosysteme und die Entwicklung von Technologien, die uns bei der Eindämmung von Umweltschäden helfen sollen wird sich in diesem Jahr auf 127,5 Millionen Dollar belaufen. In seinem Bericht über die Lage der Nation hat Präsident Reagan die Entschlossenheit seiner Administration bekräftigt, das Problem der Säureablagerung ernsthaft anzugehen, und er hat die wohlwogenen Maßnahmen, die getroffen werden sollen, dargelegt. Ich bin zuversichtlich, daß unsere Regierung, nachdem wir die uns vorliegenden neuen Forschungsergebnisse analysiert haben, rasche Schritte unternehmen wird, um ein Programm zu entwickeln, mittels dessen wir diesem beunruhigenden Phänomen wirksam begegnen können.

Es steht außer Frage, daß der saure Regen in den Vereinigten Staaten ein Problem darstellt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wissen wir jedoch noch nicht, welchen Umfang dieses Problems hat, mit welchem Tempo es um sich greift und welche physikalischen und ökologischen Mechanismen am Werke sind.

Mir ist klar, daß Sie wie auch andere europäische Nationen wegen der Schäden, die Ihre Wälder erleiden, beunruhigt sind. Auch bei uns ist es in den Waldgebieten im Osten in größeren Höhenlagen zu einem Waldsterben gekommen. Aber wie schnell schreitet es fort ? Handelt es sich dabei um das gleiche Phänomen, mit dem Sie hier in Europa konfrontiert sind ? Welches sind die Ursachen ? Es könnte auf Schwefeldioxyd zurückzuführen sein oder auf Ozon, auf Schwermetalle oder sogar auf Insektenbefall oder Trockenheit. Wir wissen es einfach nicht.

Was wir jedoch wissen, ist, daß ein Programm zur Bewältigung der Folgen des sauren Regens enorm aufwendig sein würde. Wir können es uns ganz einfach nicht leisten, derartig umfangreiche Mittel auf der Grundlage fadenscheiniger Kenntnisse zu investieren. Es könnte damit enden, daß wir ein äußerst kostspieliges Programm zur Eindämmung der Schwefeldioxydemissionen durchführen nur um dann später herauszufinden, daß dies nicht den gewünschten Effekt hat. Die Administration wird daher kein

größeres Programm zur Bewältigung des Problems des sauren Regens vorschlagen, bis wir mehr wissen.

Es sollte jedoch darauf hingewiesen werden, daß in den Vereinigten Staaten die Emission der Schadstoffe, von denen man annimmt, daß sie bei der Entstehung des Phänomens des sauren Regens eine Rolle spielen, im Rahmen des Bundesgesetzes zur Reinerhaltung der Luft einschränkenden Bestimmungen unterliegt. Die Emission all dieser Schadstoffe ist vermindert worden. Die Bestimmungen unseres Bundesgesetzes zur Reinerhaltung der Luft sind in ihrer Art die komplexesten und umfassendsten der Welt. Alle Hauptgruppen von Schadstoffen, die von dem Gesetz zur Reinerhaltung der Luft erfaßt werden, unterliegen in dreierlei Hinsicht Beschränkungen. Erstens müssen alle Bundesstaaten Richtwerte über die Reinheit der Luft beachten, die so angesetzt sind, daß eine Beeinträchtigung der Gesundheit und des Wohlergehens der Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Zweitens müssen alle neuen Industrieanlagen und alle neuen Kraftfahrzeuge mit technischen Einrichtungen ausgestattet werden, durch die die Luftverschmutzung herabgesetzt wird. Drittens muß in den Teilen unseres Landes, in denen die Reinheit der Luft gegenwärtig den gesetzten Richtwerten genügt, bei der Errichtung neuer Anlagen bewiesen werden, daß ihr Betrieb die Luftqualität nicht verschlechtert.

All dies war nicht billig. Die technischen Einrichtungen zur Eindämmung der Schadstoffemission haben den amerikanischen Verbraucher mehr als 40 Milliarden Dollar gekostet. Seit 1970 haben die Einführung von schwefelarmem Benzin und die Betriebskosten der Einrichtungen zur Einschränkung der Luftverschmutzung die Gesamtkosten der Eindämmung von Schadstoffemissionen auf mehr als 150 Milliarden Dollar hochgetrieben. Die Vereinigten Staaten wenden heute jährlich über 60 Milliarden Dollar für die Eindämmung der Luftverschmutzung auf.

Die Luftqualität hat sich merklich verbessert. Die Emission von zweier Schadstoffe, von denen man annimmt, daß sie bei der Entstehung des Phänomens des sauren Regens eine Rolle spielen - Schwefeldioxyd und Kohlenwasserstoffverbindungen - ist vermindert worden. Wie erheblich diese Schadstoffverminderung tatsächlich ist, wird besonders dann sichtbar,

wenn man sie in Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum in unserem Lande seit 1970 stellt. Seit 1973 beobachten wir eine Abnahme der Belastung durch Schwefeldioxyd um 25 Prozent sowie eine Verminderung der Luftverschmutzung um 43 Prozent gegenüber dem Wert, den sie ohne einschränkende Maßnahmen erreicht haben würde.

Ungeachtet der Maßnahmen, die die Vereinigten Staaten zur Verminderung der Luftverschmutzung und zum Schutz der öffentlichen Gesundheit bereits getroffen haben, und ungeachtet der bedeutsamen Leistungen, die sie auf diesem Gebiet bereits vorzuweisen haben, sind wir doch der Meinung, daß eine Reihe von wissenschaftlichen Fragen beantwortet werden muß, bevor wir zusätzliche milliardenschwere Ausgaben für die Umrüstung der bestehenden Kraftwerke veranlassen können. Die vorliegenden Vorschläge aus dem Kongreß zur Verringerung der Emissionen von Schwefeldioxyd und Stickstoffoxyd um 50 Prozent würden jährliche Ausgaben in Höhe von drei bis sieben Milliarden Dollar erforderlich machen.

Wir begrüßen die in der jüngeren Vergangenheit in Europa in die Wege geleiteten Schritte zur Verminderung der Belastung durch Schwefeldioxyd. Wir sähen es gern, wenn alle Nationen in Ost und West Richtwerte für die Luftqualität festlegen und auch praktisch durchsetzen würden, die den Schutz der Gesundheit wie auch den der Umwelt gewährleisten könnten. In den 14 Jahren, in denen unser Gesetz zur Reinerhaltung der Luft nun in Kraft ist, haben wir umfangreiche Kenntnisse erworben über die Auswirkungen auf die Gesundheit, über die wirtschaftlichen Folgen von Maßnahmen zur Verminderung der Schadstoffbelastung und über entsprechende Technologien, und wir möchten diese Kenntnisse von Herzen gern mit Ihnen teilen.

Am heutigen Nachmittag habe ich versucht, darzulegen, daß sich Amerikas Sorge um die Umwelt aus unseren Erfahrungen beim Aufbau einer neuen Welt entwickelt hat. Ich habe auch versucht, Ihnen eine Vorstellung zu vermitteln von der großen Spannbreite unserer Bemühungen im Bereich des Umweltschutzes und von den Erfolgen, die wir auf vielen Gebieten errungen haben. Ich habe mich auch bemüht, einige der schwerwiegenden Probleme, denen wir uns noch widmen müssen, in aller Offenheit darzulegen.

Ich wünschte, ich könnte Ihnen versichern, daß die Antworten, die wir suchen, einfach sein werden. Leider werden sie nicht einfach sein. Vor allen Dingen müssen Lösungen gefunden werden, die die Spannung zwischen Entwicklung und Erhaltung, zwischen Kosten und Nutzen sowie zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen und der Freiheit des einzelnen in einer gerechten Art und Weise auflösen, wobei überdies stets den lebenswichtigen nationalen Sicherheitsinteressen Rechnung getragen werden muß.

Für einen gerechten Ausgleich zu sorgen, ist die Pflicht von Staatsmännern. In diesem Falle ist dies ebenso sehr eine Frage der Klugheit wie eine Frage der Wissenschaft. Es ruft uns den Rat des Aristoteles in Hinblick auf den idealen Staat in Erinnerung:

"Das Beste ist oft unerreichbar, und der Gesetzgeber und Staatsmann sollte daher nicht nur wissen, was in einem abstrakten Sinne das Beste ist, sondern auch, was unter den gegebenen Umständen das Beste ist."
(Politik, 4. Buch, 1. Kapitel)

Das ist die Art und Weise, in der wir in den Vereinigten Staaten zu verfahren versuchen. Wenn wir Erfolg haben - und ich glaube, das haben wir - so liegt es daran, daß uns allen die Sorge um unser nationales Erbe, um unser Land und seine Tierwelt und um die Qualität seiner Umwelt gemeinsam ist. Den Amerikanern ist schon klar geworden, daß all dies geschützt werden muß. Gemäß der besten Tradition unserer Republik arbeitet die Administration in diesen Fragen nicht gegen die Bürger, sondern auf eine überparteiliche Weise mit ihnen gemeinsam, wobei sie sich gleichermaßen auf private Initiative, auf die Wirtschaft, auf die Regierungen der Bundesstaaten und auf die kommunalen Verwaltungen stützt. Was diese Dinge anbelangt, sind wir wahrhaft ein einiges Volk.

Wie Präsident Reagan in seinem Bericht über die Lage der Nation vom Januar dieses Jahres feststellte: "Der Schutz unserer Umwelt ist keine liberale oder konservative Aufgabe - der gesunde Menschenverstand fordert ihn."

+ + + + +

21

23. Mai 1984

US-VIZEPRÄSIDENT ÜBERGIBT SCHECK FÜR AFGHANISTAN-FLÜCHTLINGE IN PAKISTAN

ISLAMABAD - (AD) - Der amerikanische Vizepräsident George Bush hat in dem Lager für afghanische Flüchtlinge in Nasir Bagh in Pakistan einen Scheck über 14 Millionen Dollar überreicht, um Menschen zu helfen, die vor der sowjetischen Invasion geflohen sind. In Pakistan leben über drei Millionen Flüchtlinge aus Afghanistan.

Vizepräsident Bush hielt am 17. Mai 1984 eine Ansprache in dem Flüchtlingslager, die folgenden Wortlaut hat:

Meine lieben afghanischen Brüder

Ich möchte Ihnen für die Einladung danken, dieses Flüchtlingsdorf zu besuchen. Den Vertretern der pakistanischen Regierung, Präsident Zia und anderen sowie den Vertretern der Hilfsorganisationen möchte ich ebenfalls Dank sagen, daß sie diesen unvergeßlichen Besuch ermöglicht haben.

Ich habe heute aus erster Hand die tragischen Folgen der Invasion Ihres Heimatlandes erlebt. Ich habe in der sehr kurzen Zeit, in der ich

der ich hier bin, sehr viel Leid gesehen, viel Not und viel Schmerz. Aber ich habe auch mutige und stolze Menschen gesehen, die trotz Mangel gastfreundlich und großzügig bleiben - ein starkes und edles Volk, dessen Hingabe an Freiheit und Glauben an einen liebenden Gott trotz mißlicher Umstände ungebrochen ist.

Jenseits der Grenze wird ein brutaler Krieg gegen die Bevölkerung von Afghanistan geführt. Aus diesem unglücklichen Lande kommen Berichte über wahllose Bombardierungen der Zivilbevölkerung und eine Taktik der verbrannten Erde. Diese Taktiken verwüsten das Land und schaffen Millionen heimatloser Menschen und Tausende von Toten.

Meine lieben afghanischen Brüder, Sie und Ihr Volk haben viel gelitten. Sie haben über das übliche Maß hinaus Mut und Kraft gezeigt. Sie genießen meine ehrliche Bewunderung und die unserer Administration und die des ganzen amerikanischen Volkes. Sie haben die Bewunderung aller freier Menschen verdient.

Ich habe den unzählbaren Geist der Freiheit erlebt, der in diesem Flüchtlingslager herrscht. Sie können ihn hier und jetzt spüren. Ihre Heimat, das tapfere Afghanistan, ist niemals erobert worden. Die Tapferkeit und Unabhängigkeit des afghanischen Volkes ist zur Legende geworden. Jene, die versuchen, Sie der Freiheit zu berauben und Sie in Fesseln zu legen, werden, dessen bin ich sicher, erfahren, daß das Licht der Freiheit, das in Ihrem tapferen Land so hell brennt, niemals ausgelöscht werden kann.

Die Sowjets müssen ihre Militärmaschinerie zurückziehen und aufhören, sich in die inneren Angelegenheiten des souveränen Staates Afghanistan einzumischen. Wir wollen nicht, daß das Leiden andauert - wir wollen so rasch wie möglich eine Lösung auf dem Verhandlungswege. Aber die entscheidende Frage ist und bleibt der Abzug der sowjetischen Streitkräfte. Ich weiß, Ihr Widerstand wird anhalten, bis die Sowjets erkennen, daß sie niemals in der Lage sein werden, Afghanistan zu unterwerfen.

Bevor ich Sie verlasse, möchte ich den Regierungsvertretern und den

und den Bürgern Pakistans - von denen viele heute hier bei uns weilen - und die über drei Millionen afghanische Flüchtlinge mit solchem Mitgefühl und unter solchen Opfern in diesem Lande willkommen heißen haben, meine Anerkennung zollen. Ich möchte auch den Mitarbeitern aus aller Welt meine Hochachtung aussprechen, die im Auftrag der Hilfsorganisationen die Flüchtlinge betreuen. Die Arbeit, die Sie alle hier leisten, ist sicherlich außergewöhnlich. Ich bin stolz auf den Beitrag der amerikanischen Regierung zu diesem Hilfsprogramm.

Ich freue mich, im Rahmen unserer anhaltenden Bemühungen, den afghanischen Flüchtlingen zu helfen, bekanntgeben zu können, daß ich einen Scheck über 14 Millionen Dollar vom amerikanischen Volk an das afghanische Volk mitgebracht habe. Und gestern ist ein Transportflugzeug eingetroffen, das Medikamente im Werte von einer Million Dollar für Sie mitgebracht hat.

In diesem Dorf hier überlebt inmitten der Verzweiflung die Hoffnung. Durch die Tyrannei aller materialen Dinge beraubt, kämpft die Bevölkerung von Pakistan um den köstlichen Besitz - und das ist die Freiheit. Sie kämpfen für die gerechte Sache. Ich bin sehr stolz, Ihnen die Hand schütteln zu dürfen. Wenn ich mit Ihnen zusammenkomme, dann bin ich sicher, daß das stolze afghanische Volk eines Tages seine Heimat zurückgewinnen wird - daß die Sache der Freiheit den Sieg davontragen wird. Sie stehen nicht allein.

Lang lebe Afghanistan.

Ich danke Ihnen und Gott segne Sie.

+ + + + +

21

23. Mai 1984

USA SETZEN SICH FÜR FAMILIE SACHAROW EIN
- US-Botschafter spricht vor dem ECOSOC -

VEREINTE NATIONEN, NEW YORK - (AD) - Der amerikanische Vertreter im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC), Botschafter Alan Keyes, hat sich mit Nachdruck für den verbannten sowjetischen Nobelpreisträger Andrei Sacharow und dessen Frau Elena Bonner eingesetzt.

Auch der amerikanische Kongreß hat am 16. Mai in einer Resolution die Sowjetunion aufgefordert, der Frau Sacharows die Ausreise zur medizinischen Behandlung außerhalb der Sowjetunion zu gestatten und den Sacharows zu erlauben, ihre innere Verbannung zu verlassen und "in dem Land ihrer Wahl zu leben".

In seiner Rede vor dem ECOSOC am 16. Mai 1984 ging Keyes auf die Menschenrechtslage in der ganzen Welt und die Arbeit der 40. Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen ein und forderte alle im Rat vertretenen Delegationen und Regierungen sowie alle Mitglieder der Vereinten Nationen auf, die Sowjetunion zu einer positiven Regelung des Falles Sacharow zu

Sacharow zu bewegen.

Die diesbezüglichen Auszüge aus der Rede von Botschafter Keyes haben folgenden Wortlaut:

...Wenn wir über die Arbeit der nicht regierungsamtlichen Organisation auf dem Gebiet der Menschenrechte sprechen, dann müssen wir einsehen, daß Meinungs- und Ausdrucksfreiheit für diese Arbeit wesentlich sind. Der freie Austausch von Informationen und Meinungen ist ein entscheidender Faktor, um zu gewährleisten, daß die Opfer von Menschenrechtsverletzungen nicht einsam und in Schweigen leiden. Die Stimme des Gewissens findet nur Gehör, die unglaublichen Ereignisse des physischen und psychischen Leidens können nur vor die Augen der Welt gebracht werden, weil in manchen Ländern, einschließlich meines eigenen, diese Grundfreiheit geachtet wird. Wir können es uns nicht leisten, zuzulassen, daß die Regierungen, die die Menschenwürde mißachten, sich als legitime Schiedsrichter darüber aufspielen, ob solche Mißstände ans Tageslicht gebracht und verurteilt werden oder nicht. Das ist der Grund, warum sich meine Regierung so nachdrücklich dem restriktiven Konzept widersetzt, das der sogenannten neuen Internationalen Informationsordnung zugrunde liegt. Darum haben wir zum Thema des Rechts auf Meinungs- und Ausdrucksfreiheit so gerne die Resolution 184/26 unterstützt, die auf Initiative der kanadischen Delegation von der Kommission verabschiedet wurde. Trotz eines dreisten Versuchs der sowjetischen Delegation, den Inhalt dieser Resolution durch die Einführung beschneidender Abänderungen zunichte zu machen, hat sich ein Konsens ergeben, der folgenden Wortlaut hat:

"Die Menschenrechtskommission...

aus der Besorgnis heraus, daß in vielen Teilen der Welt in großem Umfang Menschen festgehalten werden, die das Recht auf Meinungs- und Ausdrucksfreiheit ausüben, wie es in der allgemeinen Menschenrechtserklärung und im internationalen Vertrag über die zivilen und politischen Rechte niedergelegt ist;

appelliert erstens an alle Staaten, für die Respektierung und Unterstützung der Rechte aller Personen zu sorgen, die das Recht der Meinungs- und Ausdrucksfreiheit ausüben, sowie dafür, daß jemand, der nur wegen der Ausübung

der Ausübung des Rechts auf Meinungs- und Ausdrucksfreiheit, wie es im internationalen Vertrag über die zivilen und politischen Rechte niedergelegt ist, inhaftiert wurde, sofort freigelassen wird;

appelliert zweitens an die Staaten, die das bisher nicht getan haben, Schritte zu unternehmen, um die volle Verwirklichung des Rechts auf Meinungs- und Ausdrucksfreiheit zu erlauben..."

Herr Vorsitzender, nach Auffassung meiner Delegation weist diese Resolution auf das entscheidende Element im Kampf um die Menschenrechte auf der ganzen Welt hin. Alles in allem wären auf dem Felde der Menschenrechte keine Normen oder Richtlinien, keine Tatsachen oder praktischen Maßnahmen möglich ohne die tapferen Anstrengungen von Einzelpersonen und Gruppen, die inmitten der Unterdrückung ihre Karriere, ihr Eigentum, ihre Freiheit, ja selbst ihr Leben für die Sache der Menschenwürde aufs Spiel setzen. Manche leben und sterben unbekannt - lebendig begraben in den schrecklichen Verliesen der Tyrannei - ohne Zeremonie eingescharrt in den anonymen Gräbern der totalitären Unterdrückung. Manche werden in der lebendigen Hölle politischer psychiatrischer Kliniken eingesperrt, wo die Kunst, die den Geist des Menschen heilen soll, dazu angewandt wird, die natürliche Sehnsucht nach Freiheit zu zerbrechen.

Nicht alle bleiben jedoch unbekannt. Wir kennen sie zu Tausenden, ja zu Millionen als die Führer und Mitglieder der polnischen Gewerkschaft Solidarität. Wir kennen sie als Genies, wie Alexander Solschenizyn oder Dr. Koriagin, die die persönliche und gesellschaftliche Realität des totalitären Alptraums ans Tageslicht bringen. Wir kennen sie wegen ihrer Leistungen, wegen ihres Mutes, wegen ihrer Bereitschaft, alles zu opfern, um der Menschheit die Botschaft der Menschenwürde und der Freiheit zu bringen, die allein uns aus dem dunklen Tal des Todes erheben wird, das das 20. Jahrhundert bisher war. Wir kennen sie beim Namen, wie Andrei Sacharow und seine Frau Elena Bonner.

Niemand, der sich der jetzigen tragischen Lage der Sacharows bewußt ist, kann überrascht sein, daß sich die sowjetische Regierung so nachhaltig einer Resolution widersetzt hat, die darauf abzielt, die Rechte zu stärken und die Verfolgung jener zu verurteilen, die "nur wegen der Ausübung des Rechts auf

Rechts auf Meinungs- und Ausdrucksfreiheit... inhaftiert wurden". Das war das "Vergehen" Sacharows gegen das Sowjetregime. Nach den Bestimmungen der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen und des internationalen Vertrages ist dies ein Recht, das die sowjetische Regierung zu achten verpflichtet ist. Weil er es jedoch ausgeübt hat, wurde Dr. Sacharow - ein hervorragender Physiker, ein herausragender Führer der internationalen Menschenrechtsbewegung und Träger des Nobelpreises von 1975 - ins innere Exil gezwungen, seine Karriere zerstört, seine Gesundheit gebrochen, sein Leben sogar des Trostes des normalen menschlichen Kontakts mit seiner Familie und seinen Freunden beraubt. Ein Leitartikel in der heutigen "New York Times" läßt das ganze tragische Schicksal der Sacharows erkennen:

"In der Stadt Gorki, 260 Meilen östlich von Moskau, stellt sich eine Tragödie der Menschheit dar. Am 2. Mai begann Dr. Andrei Sacharow... seinen Hungerstreik, und erklärte, er werde 'bis zum bitteren Ende fasten', wenn die sowjetische Regierung nicht seiner Frau, Elena G. Bonner, die Ausreise gestatten würde, um die dringend notwendige medizinische Behandlung vorzunehmen. Am 12. Mai hat sich Frau Bonner trotz eines schweren Herzleidens dem Hungerstreik ihres Ehemannes angeschlossen. Die Regierung reagierte darauf, indem sie Frau Bonner einer Untersuchung wegen 'Diffamierung des Sowjetsystems' aussetzte, ihr verbot, Gorki zu verlassen, und ihr eine Anklage wegen Hochverrats androhte... Dr. Sacharow und seine Frau sind in einem sehr schlechten Gesundheitszustand. Wenn ihr Hungerstreik weiter andauert, dann werden sie in Gorki sterben."

Sie werden in Gorki sterben. Nichts könnte stärker und berechtigterweise dem Ruf des Sowjetregimes schaden als die Maßnahmen der sowjetischen Regierung selbst...

Letztlich muß die Arbeit der Menschenrechtskommission und auch dieses Rates hier danach beurteilt werden, wie unsere Antwort auf die Realität des banalen, sinnlosen Übels ausfällt, das die Verfolgung der Sacharows ist und darstellt. Meine Delegation und meine Regierung appellieren an alle hier vertretenen Delegationen und Regierungen und an alle Mitglieder der Vereinten Nationen, denen die Menschenrechte mehr bedeuten als nur eine zynisch vorgetragene Abstraktion, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu versuchen, die

versuchen, die sowjetische Regierung dazu zu bewegen, der Stimme des Gewissens und den Geboten der Menschlichkeit zu folgen. Wir appellieren an diese Regierungen, so nachhaltig wie nur möglich und auf höchster Ebene gegen das Festhalten von Elena Bonner zu protestieren und die sowjetische Regierung aufzurufen, den durch den Hungerstreik Ausdruck gegebenen Forderungen Sacharows nachzukommen. Die Sowjetische Regierung sollte alle Anschuldigungen gegen Elena Bonner fallen lassen und ihr ein Ausreisevisum erteilen, damit sie sich außerhalb der Sowjetunion in medizinische Behandlung begeben kann...

+ + + + +

21

23. Mai 1984

GESUNDHEIT - AUCH EINE FRAGE VON EIGENVERANTWORTUNG

- Dr. C. Everett Koop vor der Weltgesundheitskonferenz in Genf -

- (AD) - Vor einiger Zeit forderte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) "Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000". Politiker und Fachleute aus allen Bereichen der Medizin mußten inzwischen einsehen, daß dieses Ziel sehr schwer zu erreichen sein wird. Jedoch wären manche Hürden leichter zu nehmen, wenn jedermann mehr Verantwortungsbewußtsein für die Erhaltung seiner Gesundheit entwickelte und gesundheitsbewußter lebte. Dies ist einer der Punkte, die Dr. C. Everett Koop, Chef des Gesundheitswesens der Vereinigten Staaten, in seiner Rede vor der Jahreskonferenz der WHO in Genf erörterte. Die auf zwei Wochen angesetzte Konferenz begann am 7. Mai. Mehr als 1000 Delegierte aus 163 Staaten nehmen an ihr teil.

Gesündere Ernährung, rechtzeitige Behandlung von Bluthochdruck und Ausschaltung von Risikofaktoren, Unfallverhütung, Vorsorgeuntersuchungen für schwangere Frauen, für Neugeborene und Kleinkinder sowie Eindämmung und Verhinderung von Berufskrankheiten sind wichtige Schwerpunkte bei den gegenwärtigen Gesundheitskampagnen in den Vereinigten Staaten. Ein weiteres Ziel, das bis 1990 erreicht werden soll, ist die Schutzimpfung von mindestens

von mindestens 95 Prozent aller Kinder im schulpflichtigen Alter gegen Masern, Mumps, Polio, Keuchhusten, Diphtherie, Röteln und Tetanusinfektion. Innerhalb von drei Jahren gingen dank der umfassenden Impfprogramme die Erkrankungen an Infektionen dieser Art um 71 Prozent zurück - von insgesamt 28 000 Fällen im Jahr 1980 auf 8000 im Jahr 1983. Einige der genannten Infektionskrankheiten mit ihren oft verheerenden Folgen bzw. Komplikationen seien in den Vereinigten Staaten nahezu ausgerottet, erklärte Dr. Koop.

"Aber es gibt natürlich viele Gesundheitsprobleme wie z.B. Infektionen, die nicht so rasch auf Präventivmaßnahmen reagieren. Heute sterben mehr Amerikaner an Krebs und Herzkrankheiten als an irgendwelchen anderen Erkrankungen. Die Zahl der Personen, die wegen Krebs- oder Herzkrankheit nicht mehr arbeiten können, ist enorm hoch. Wir haben begonnen, zurückzuschlagen." Dr. Koop verwies in diesem Zusammenhang auf das von Margaret M. Heckler, der amerikanischen Ministerin für das Gesundheits- und Sozialwesen, eingeleitete Programm zur Vorbeugung gegen Krebs.

"Wir wissen", so Dr. Koop, "daß fast 80 Prozent aller Krebserkrankungen auf Umweltfaktoren zurückzuführen sind. Häufig haben sie mit persönlichen Verhaltensweisen wie Zigarettenrauchen und Eßgewohnheiten zu tun. Deshalb will diese Kampagne die Menschen vor allem mit Tatsachen vertraut und ihnen klar machen, daß sie selbst viel dazu beitragen können, eine Erkrankung an Krebs zu verhindern.

In diesem Jahr hat das Nationale Krebsinstitut (NCI) zum erstenmal ein klar definiertes Ziel gesetzt - Verringerung der Krebssterbefälle um 50 Prozent bis zum Jahr 2000. Dies würde die Erhaltung von 200 000 Menschenleben bedeuten. Als der ranghöchste beamtete Arzt der Vereinigten Staaten muß ich hinzufügen, daß allein die Reduzierung des Tabakgenusses um die Hälfte mehr als ein Drittel dieser 200 000 retten könnte. Tatsächlich zeigen jüngste Umfragen, daß unsere Bemühungen um Einschränkung des Rauchens sehr erfolgreich sind.

In den letzten 15 Jahren beobachten wir auch einen ständigen Rückgang der Todesfälle durch Herzerkrankungen. Wir sind überzeugt, daß dieser Trend anhält und im Jahr 1990 Herzkrankheiten bei Personen unter 65 Jahren nicht

Jahren nicht mehr an erster Stelle der Todesursachen stehen. Ein Hauptgrund für diesen dramatischen Rückgang ist sowohl die Erkennung und Beherrschung von Risikofaktoren als auch das persönliche Gesundheitsbewußtsein. Grundlage für unsere Ziele zur Vorbeugung gegen Krankheiten und für unsere Hoffnungen für das Jahr 2000 ist die Bewußtmachung der Tatsache, daß unser Erfolg davon abhängt, inwieweit die Menschen unseres Landes fähig und willens sind, mit ihrem Lebensstil zum Schutz gegen Krankheiten beizutragen."

Die beharrliche Mitarbeit von Institutionen und Personen aus allen Bereichen des sozialen Gefüges sei dabei unerläßlich, sagte Dr. Koop. Einer der größten Erfolge von Gesundheitskampagnen der Verbraucherverbände der letzten Jahrzehnte sei in der Durchsetzung von Angaben über den Salzgehalt auf allen Lebensmittelpackungen zu sehen. In der Zeit zwischen 1978 und 1982 stieg die Zahl der Verbraucher, die zu hohe Mengen von Kochsalz und anderen Salzen vermeiden wollen, ohnehin schon von 14 auf 40 Prozent.

Zahl der älteren Bürger nimmt ständig zu

Um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Anliegen alter Menschen zu lenken, erklärte Präsident Reagan den Mai 1984 zum "Monat der älteren Amerikaner". Die tiefgreifende Wandlung im Anteil einzelner Altersgruppen an der Bevölkerungsstruktur werde dazu führen, so Dr. Koop, daß Anfang des nächsten Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten 50 Millionen Bürger, d.h. 20 Prozent der Bevölkerung, 65 Jahre und älter sind. Das müsse bei den für das Gesundheitswesen gesteckten Zielen berücksichtigt werden. Im amerikanischen Ministerium für das Gesundheits- und Sozialwesen werden gegenwärtig Programme zur Zusammenarbeit mit einzelstaatlichen und kommunalen Behörden ausgearbeitet, die ältere Menschen durch Verbesserung ihres Gesundheitszustandes und Erhaltung ihrer Unabhängigkeit mehr Lebensqualität sichern sollen. Unfallverhütung, bessere Ernährung, richtige Anwendung von Medikamenten und Ausschöpfung der Möglichkeiten für körperliches Training stehen dabei im Vordergrund.

Unverzichtbare Forschung

Unverzichtbare Forschung

Ich darf hinzufügen, daß die Möglichkeiten unserer für das Gesundheitswesen arbeitenden Wissenschaftler zur Erweiterung von Erkenntnissen, die uns allen helfen, unsere nationalen Ziele auf dem Gebiet der Gesundheit zu erreichen, durch Gedankenaustausch und Zusammenarbeit auf internationaler Ebene immens verbessert werden... So sollen auch alle Nationen Daten, an denen sich unsere Anstrengungen orientieren, sammeln, analysieren und verwenden - können... Jeder von uns hat sein Teil dazu beizutragen, Gesundheit für alle der Verwirklichung näher zu bringen - auf nationaler wie internationaler Ebene. Jedoch werden alle unsere Anstrengungen umsonst sein, wenn wir unseren Bürgern nicht die Bedeutung von wichtigen Faktoren der individuellen geistigen und körperlichen Gesundheit bewußt machen.

Ein Grundprinzip von 'Gesundheit für Alle' ist Eigenverantwortlichkeit jedes einzelnen für seine Gesundheit. Das mag im einen Fall bedeuten, daß man weiß, wie mit einer Lösung von Salzen und Zucker in Wasser Babies mit schwerer Durchfallerkrankung zu helfen ist. Es bedeutet vielleicht im anderen Fall, blutdrucksenkende Mittel weiterzunehmen, obgleich man sich gesund fühlt. Und für wieder andere heißt es, zu erkennen, daß weniger Fett und Salz in der Nahrung, Verzicht auf Zigarettenkonsum und mehr körperliches Training der eigenen Gesundheit und dem Wohlbefinden nur nützen können.

In den nächsten 16 Jahren können wir alljährlich hier zur Konferenz zusammenkommen. Aber wenn wir nichts anderes tun, als nur miteinander zu reden, werden wir unser Ziel für das Jahr 2000 nie erreichen. Vielmehr müssen wir wissenschaftliche Informationen austauschen und allen klarmachen, daß ein längeres, gesünderes Leben möglich ist... Die Menschen sollen wissen, daß ihr Wohlergehen auch zu einem großen Teil von ihnen selbst abhängt."

+ + + + +